

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis nach Vereinbarung.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis nach Vereinbarung.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 190

Nr. 23

Mittwoch, den 28. Januar 1925

20. Jahrgang.

Die Räumungsnote überreicht.

Berlin, 28. Januar. Die Botschafter Englands, Frankreichs und Japans sowie der belgische Gesandte und der italienische Geschäftsträger haben heute mittag 12 1/2 Uhr im Auftrage ihrer Regierungen dem Reichkanzler eine neue Kollektionsnote über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone übergeben. Der englische Botschafter erklärte bei der Übergabe der Note, daß sie eine Antwort der alliierten Regierungen auf die deutsche Note vom 8. Januar dieses Jahres darstelle. Er fügte hinzu, daß die alliierten Regierungen beabsichtigen, eine weitere dritte Note ausführlicheren Inhalts so bald als möglich der deutschen Regierung zukommen zu lassen.

Der Reichkanzler nahm die Note entgegen und erklärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen und sofort eine Beschlusfassung des Kabinetts darüber herbeiführen werde. Er fügte hinzu, die Reichsregierung habe allerdings erwartet, daß sie in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit nicht noch einmal eine vorläufige Mitteilung der alliierten Regierungen, sondern das angeforderte Material erhalten würde, mit dem die Räumung der nördlichen Rheinlandzone begründet werden sollte. Er nehme Kenntnis von der Erklärung des englischen Botschafters, wonach die alliierten Regierungen der Reichsregierung dieses Material sobald als möglich zugehen lassen wollten. Er wolle aber nur noch einmal dem dringenden Verlangen Ausdruck geben, daß dem gegenwärtigen Schwerezustande nunmehr alsbald ein Ende gemacht werde.

Der Inhalt der Note.

Berlin, 28. Jan. Die von den alliierten Vertretern heute mittag dem Reichkanzler übergebene neue Kollektionsnote in der Räumungsfrage hat folgenden Wortlaut:

„Die alliierten Regierungen haben von der von Herrn Dr. Stresemann am 8. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichteten Note Kenntnis genommen, womit die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführung des Artikels 429 des Friedensvertrages über die Besetzung des als „Römer Bone“ bezeichneten Teiles des von den alliierten Truppen besetzten Rheinlandgebietes bezog.“

Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten (?), oder sich auf Behauptungen einzulassen, die

sie in keiner Weise anerkennen können. Wie sie der deutschen Regierung bereits in ihrer Kollektionsnote vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr später eine neue Mitteilung zukommen lassen, welche festsetzt, welche Maßnahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit seine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrages von Versailles als getreulich erfüllt anzusehen sind. Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilungen zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zu machen. Schon jetzt müssen sie indessen die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages von Versailles zu verkennen scheint. Diese Artikel haben die Dauer der Besetzung der rheinischen Gebiete auf 15 Jahre festgesetzt und haben eine Verkürzung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen des Vertrages von Versailles getreulich erfüllt.

Da gewisse Bedingungen des Vertrages nicht getreulich erfüllt worden sind, können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, die alliierten Regierungen durch die Erfüllung seiner Verpflichtungen in den Stand zu setzen, in dem Befehlsregime die im Artikel 429 vorgesehene Milderung eintreten zu lassen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels auf das genaueste zu erfüllen.“

Die Reichsregierung ist sich in ihrer heutigen Sitzung über die Antwort schlüssig geworden, die den alliierten Vertretern am Dienstag vormittag zugestellt und alsdann veröffentlicht werden wird.

Die neue Regierung und die Außenpolitik.

Von Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser, M.D.D.

Die Regierungserklärung des Kabinetts hat mit einem besonders herzlichen Dank an den früheren Reichkanzler Marx, dessen außenpolitische Verdienste und Erfolge hervorgehoben wurden. Das stand mit dem, was in der Regierungserklärung über die auswärtige Politik des neuen Kabinetts gesagt wurde, nicht in Widerspruch, denn im einzelnen wie im allgemeinen berief sich der neue Reichkanzler auf die Daten und die Haltung des alten Kabinetts, dessen auswärtige Politik man fortführen will. Eine leise Widmung war allerdings schon in der Regierungserklärung festzustellen. Die Worte über den Bälterbund waren so zurückhaltend, daß die letzte Stresemannsche Note sehr gut zu ihnen paßt. Die Gegenüberstellung von Bälterbundgedanke und Durchführung wirkte in diesem Zusammenhang erklärend. Und die Betonung der Kriegesfrage im Zusammenhang mit der Bälterbundsfrage war auch nicht geeignet, Brücken zu schlagen und einen freundlichen Eindruck zu machen. Ein positives Programm in der dringenden Räumungsfrage wurde nicht einmal angedeutet; und doch wird sich jeder denkende Politiker darüber klar sein, daß ohne eine deutsche Initiative die deutschen Interessen garnicht wahrgenommen werden können.

Dabei ist die Regierung mit jedem Schritt, den sie tut, in einer ungünstigeren Lage als ihre Vorgängerin. Aus der ganzen ausländischen Presse ist zu ersehen, daß diesem Kabinett das Vertrauen in den guten Willen nicht entgegengebracht wird, dessen Marx als Reichkanzler sich in so hohem Maße erfreute. Diese Lage wird eine sehr wichtige Folge haben. Auch das Entgegenkommen, auch der weitgehendste Besitz eigener Vorschläge die politischen Fragen werden, wird in seiner Wirkung durch die Gegenseite gehemmt sein. Sie wird sich über einen höheren Preis verlangen als seines Vorgängers, und es besteht die Gefahr, daß es ähnlich geht wie der Regierung späteren Lösungen und Lösungsvorschlägen schon einmal niedergelegt worden. Gegenseite nahm sie wegen mangelnden Vertrauens auf. Ein solcher Zustand könnte sich umfänglich wiederholen, wenn die eigentlichen Regierungspolitiker und Volkspartei in ihrer allgemeinen Haltung und in ihren offiziellen Äußerungen das zeigen, was sie in der Debatte über die Regierungsrung begonnen haben. Wir denken dabei nicht erst sehr an die gedruckten und veröffentlichten Äußerungen des deutschen Redners, des Grafen Westarp; von ihm konnte man nichts anderes erwarten und die Betonung der Kriegesfrage als Gegenstand der offiziellen Politik mußte man in Kauf nehmen. Viel seltsamer war, was der volksparteiliche Redner Dr. Scholz sagte. Er warnte geradezu vor dem Eintritt in den Bälterbund, den Deutschland in Rücksicht auf sein Verhältnis zu Rußland nicht vollziehen dürfe. Dabei hat doch gewiß die Zeit seit dem Rapallovertrag gelehrt, daß bei aller wirtschaftlichen Bedeutung der Disposition politisch für die nächste Zukunft von einer Orientierung positiv garnichts zu erwarten wäre, negativ aber beträchtlicher Schaden.

Wenn man Außenpolitik treibt, muß man sich in die Gedankengänge der Gegenseite versetzen. Herr Scholz mußte wissen, welche Rolle in Frankreich die Sicherheitsfrage spielt, wofür er bei allen französischen Politikern. Man steht dort eine Zukunftsbewertung darin, daß den über 60 Millionen Deutschen nur 40 Millionen Franzosen gegenüberstehen, und daß anfalls der Krieg verbündeten starken Rußlands das ungesicherte Polen getreten ist. Wir mögen diese Beforgnisse, wenn wir deutsche und französische Truppenführer vergleichen, noch so lächerlich finden: die Einstellung besteht nun einmal in Frankreich und ist damit eine Realität für uns. Herr Scholz hat als ahnungsloser Engel den Hebern in Frankreich nur neues Material geliefert. Er hat sich nicht klar gemacht, daß die französische Regierung bei dem Versuche, die Sicherheitsfrage auf diplomatischem Wege zu lösen, zweimal gescheitert ist. 1919, als Amerika den abgeschlossenen Vertrag nicht ratifizierte, 1924, als die englische Regierung ihre Unterschrift nicht unter das Genfer Protokoll setzte. Das sind die entscheidenden Tatsachen in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich und damit in der deutschen Politik überhaupt. Indem es Deutschland im Winter her verhandelt, seinen Beitritt zum Bälterbund zu erklären, hat es die Lage noch verschärft; denn die Regierung wurde so angelegt, als ob Deutschland sich von Vertragsverpflichtungen von Versailles entziehen wollte. Jeder offizielle Schritt in der Kriegesfrage ist

Herriot über die Militärkontrolle.

Paris, 28. Jan. Die Kammer hat heute die Beratung über das Budget des Außenministeriums fortgesetzt. Die Vormittagsitzung war fast ganz ausgefüllt durch eine mehrstündige Rede des nationalförmlichen Abgeordneten Obersten a. D. Fabry, der besonders auf die angeblich unzureichende Überwachung Deutschlands einging und den Nachweis versuchte, daß die Mißerfolge der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland nicht durch die Ruhrbesetzung, sondern durch planmäßige Bemühungen des Generals von Seeck und des Reichswehrministers Seeck zu erklären seien. Der nationalförmliche Redner forderte unter Beifall der Opposition die Regierung und das Ministerium auf, nicht die Franzosen verantwortlich zu machen für Vorwände, die ausschließlich durch das „Mebelwollen“ Deutschlands zu erklären seien.

Herriot ergriff dann das Wort, um sich gegen Fabrys Vorwürfe zu verteidigen. Er sagt, es handele sich darum, festzustellen, ob die Ruhrbesetzung die Kontrolle geniert oder verhindert habe. Er habe niemals behauptet, daß die Kontrolle 1922 leicht gewesen sei. Die Verantwortung dafür trage Deutschland, aber die Kontrolle war bis zur Ruhrbesetzung immerhin möglich. Mit dem Beginn der Ruhrbesetzung konnte die Überwachung nicht mehr durchgeführt werden. Nach der Aufgabe des passiven Widerstandes habe man sich bemüht, die Kontrolle wieder zu beginnen. Aber erst nach der Zusammenkunft mit Ramsay MacDonald in Chiquiers hätten diese Bemühungen Erfolg gehabt. Herriot bleibt dabei, daß die Besetzung des Ruhrgebietes die Ursache für das völlige Versagen der Kontrolle gewesen ist. (Beifall links.) Herriot erklärt auf einen Zwischenruf Maginots: „Wir werden die Überwachung nur durchführen können, wenn alle Verbündeten einig bleiben. Sobald Deutschland merkt, daß die Anschauungen verschieden sind, wird es jede Gelegenheit dazu benutzen, sich der Überwachung zu entziehen.“

Ein Dreieck des Ostens.

Meldungen aus Tokio bestätigen die große Popularität des russisch-japanischen Vertrages. In Tokio, wo man nun offen von der baldigen Bildung des neuen Dreieckes zwischen Japan, China und Rußland spricht, lehnt die japanische Regierung es ab, sich über die Singapur-Frage zu äußern, die die Öffentlichkeit anzuschneiden versucht.

Republikanischer Tag im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 28. Jan. In Ingelheim veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zusammen mit der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei einen großen „Republikanischen Tag“, wobei der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Koresell die politische Festrede übernommen hatte. Mit dem Kabinett Kauter, das nur eine mühsam vermittelte Rechtsregierung darstelle, dürfe es kein Baktieren geben. Vor allen anderen deutschen Gauen stehe das besetzte Gebiet, was es an der Republik hat, und daß eine andere Staatsform nicht mehr in Betracht kommt. Für ein republikanisches Deutschland hätten die besetzten Gebiete ungeheure Opfer gebracht, und sie würden der Republik die Treue halten, gelte es, was es wolle.

An den Reichspräsidenten wurde ein Telegramm geschickt, das ihm das Treugelübde ausdrückte.

Der Festzug umfasste mehrere tausend Teilnehmer. Ingelheim war festlich für den Republikanischen Tag geschmückt.

Dr. Eöner in London.

London, 28. Jan. Dr. Eöner von der deutschen Zepplingengesellschaft und der Vizepräsident Lehmann sind in England eingetroffen, um mit dem Direktor der englischen Luftschiffahrtsgesellschaft, Lordetentaplan Burnah zu verhandeln. Wie verlautet, beziehen sich die Erörterungen auf die allgemeine Entwicklung des Luftschiffbaues, besonders handelt es sich dabei um Vorschläge zur Einführung eines internationalen Veranferungssystems für Handelsluftschiffe, um den Luftschiffen die Möglichkeit zu geben, an jedem Ankerort festzumachen. Die Besprechungen beziehen sich auch auf die Einrichtung eines transatlantischen Dienstes durch die englische Luftschiffahrtsgesellschaft und die deutsche Zepplingengesellschaft.

Innenminister Müller bleibt?

Dresden, 28. Jan. In verschiedenen sächsischen Blättern und in solchen des Reiches ist am Freitag die Behauptung aufgestellt worden, daß der sächsische Innenminister Müller die Absicht habe, in den nächsten Tagen aus der Regierung auszuscheiden, um das Amt des Kreishauptmanns von Chemnitz zu übernehmen. An dieser Behauptung ist, wie die S.D.A.-Stimme meldet, nicht ein einziges wahres Wort. Insofern sind auch die aus der falschen Meldung gezogenen Schlussfolgerungen hinfällig.